

### **"Vienna-Istanbul 2010: Crossroads of Faiths and Cultures in Turkey"**

Die unterschiedlichen Konzepte der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in Westeuropa und in der Türkei standen im Mittelpunkt einer internationalen Tagung (11. - 13. Oktober 2010) in Istanbul, die von der Wiener ökumenischen Stiftung "Pro Oriente" gemeinsam mit

der theologischen Fakultät der Universität Istanbul und dem Österreichischen Generalkonsulat veranstaltet wurde.

Der Direktor des Instituts für Ökumenische Theologie und Orientalische Kirchengeschichte an der Universität Göttingen, Prof. Martin Tamecke,

forderte dabei die Muslime in der Türkei auf, sich für die christliche Minderheit aktiv einzusetzen. Der Staat sei zwar neutral, lebe aber von den religiösen Überzeugungen seiner Mitglieder, die Wert und Orientierung geben sollen, meinte Tamcke in seinen Ausführungen bei der Tagung: "Religion ist in Deutschland nicht einfach Privatsache, Religion hat auch öffentlichen Charakter. Die Religionsgemeinschaften können und sollen öffentlich wirken. Ihr Beitrag zum öffentlichen Leben ist ausdrücklich erwünscht."

Es sei zudem nicht genug, wenn sich eine Religionsgemeinschaft in einem Staat zu aktuellen Fragen der Moral zu Wort meldet, es müsse ihr zugemutet werden, "dass sie sich aktiv einbringt für das Recht anderer Religionen", sagte Tamcke. So hätten die Kirchen in Deutschland eine aktive Rolle bei der Einführung des muslimischen Religionsunterrichts gespielt.

Die ethische Verantwortung der Muslime im türkischen Staat erweise sich in Analogie nicht an der Ausrichtung auf die eigenen Religionsangehörigen, sondern an der Ausrichtung auf die Angehörigen anderer Religionen. Tamcke: "Sollte die Türkei eines Tages ein religiös plurales Land werden können, so nur, weil es Muslime gibt, die nicht ausgrenzen, sondern integrieren."



Und in Richtung der türkischen Tagungsteilnehmer forderte Tamcke: "Jeder Muslim in der Türkei muss sich fragen: Tue ich genug dafür, dass sich die Christen in der Türkei zu Wort melden können? Stelle ich mich sichtbar neben meine christlichen Brüder, wo es zu gewaltsamen Übergriffen gegen sie kommt? Machen wir es hinreichend deutlich, dass wir als Menschen auf der Welt nur gemeinsam die Probleme werden lösen können?" Im Übrigen

müsse sich dies natürlich auch jeder Christ in Deutschland fragen, hielt Tamcke fest.

Aufgabe des Staates sei es, allen religiösen Gemeinschaften gleiche Rechte und Privilegien zuzugestehen: "Zahlt der Staat den Imam, dann müsste er auch den Priester zahlen. Richtet er islamisch-theologische Fakultäten ein, so müsste er auch christlich-theologische Studienmöglichkeiten garantieren." Dabei müsse das Hauptaugenmerk immer auf der Minorität liegen, da die Majorität es leichter habe, sich zu artikulieren.

### Europäische Standards

Der Wiener Kirchenrechtler Prof. Richard Potz skizzierte in seinen Ausführungen die wesentlichen europäischen Standards im Verhältnis von Staat und Religion: Die wichtigste Gemeinsamkeit in allen Staaten bestehe in der umfassenden Gewährleistung der individuellen Religionsfreiheit, die auch einen Religionswechsel miteinschließe. Aus dieser individuellen Freiheit folge die autonome Existenz von Religionsgemeinschaften. Die Selbstbestimmtheit der Religionen gelte für Länder mit klaren Trennungssystemen wie in Frankreich, aber ebenso in Ländern wie England mit einem Staatskirchentum. Dort müssten bestimmte kirchliche Entscheidungen zwar das Parlament passieren, dies sei letztlich aber nur ein Formalakt.

Ein weiteres wesentliches Merkmal sei die religiöse Neutralität des Staates, so Potz. Vor diesem Hintergrund werde den Religionsgemeinschaften aber die Möglichkeit geboten, spezifische Rechtsformen anzunehmen. Das Spektrum reiche hier von einer öffentlich-rechtlichen Stellung, wie dies in Österreich oder Deutschland der Fall sei, bis zu einem Sondervereinsrecht in Frankreich oder treuhändischen Konstruktionen in Irland.

Die Situation in der Türkei sei derzeit mit den europäischen Standards jedenfalls nicht vereinbar, meinte Potz am Rande der Tagung im Gespräch mit "Kathpress". Das Grundproblem liege darin, dass man in der Türkei vor dem Hintergrund des laizistischen Modells des Kemalismus in Wirklichkeit eine Art "Staatskirchenhoheit" etabliert habe. So sei es eigentlich undenkbar, dass in einem laizistischen Staat zugleich eine Religionsbehörde

mit 150.000 Beamten eingerichtet ist, die das Leben der muslimischen Religionsgemeinschaft ganz wesentlich bestimmt. Auch die Art des Religionsunterrichts passe nicht in ein europäisches Konzept, betonte Potz.

### Islamophobie in der westlichen Welt

Als Vertreter der türkischen Seite hoben der Dekan der theologischen Fakultät der Universität Istanbul, Prof. Şinasi Gündüz, sowie Botschaftsrat Seyfi Bozkuş (Wien) als Vertreter des staatlichen Religionsamtes (Diyanet) die Bemühungen der Türkei um Reformen hervor. Gündüz sprach etwa von den Bemühungen der Regierung, ehemals enteigneten Besitz an kirchliche Stiftungen zurückzugeben. Und er zeigte sich zuversichtlich, dass die theologische Hochschule des ökumenischen Patriarchats auf Heybeli (Chalki) demnächst wieder eröffnet werden könne.

Der Dekan kritisierte Tendenzen in westeuropäischen Ländern, Vorbehalte gegen Muslime für politische Zwecke zu missbrauchen und sprach in diesem Zusammenhang auch die jüngste Wiener Landtagswahl an. Kritisch führten Gündüz wie auch Bozkuş das Minarettverbot in der Schweiz und die Diskussionen rund um Moscheebauten in Deutschland an. Sie orteten eine weit verbreitete Islamophobie in der westlichen Welt.

Dem hielt der ehemalige österreichische Botschafter Michael Weninger entgegen, dass man genauso gut von einer Christianophobie in der islamischen Welt sprechen könne. Dr. Weninger plädierte für einen "Dialog, zu dem es keine Alternative gibt". Zugleich wäre es hilfreich, den Politikern die Themenführerschaft bei diesem Dialog zu entziehen. Statt einem Denken in Legislaturperioden brauche es langfristig angelegte Begegnungen und Gespräche. Dabei müssten auch die Ängste und Bedürfnisse der Menschen ernst genommen werden, so Weninger.

Botschaftsrat Bozkuş zeigte sich skeptisch, dass die derzeit in Deutschland im Aufbau befindlichen islamischen universitären Ausbildungseinrichtungen der islamischen Glaubenslehre entsprechen würde. Einzelne Lehrende seien jedenfalls abzulehnen. Einem solchen "Euro-Islam" könne er nicht zustimmen.

Weninger wies in Folge darauf hin, dass es in Europa aber durchaus einen alteingesessenen "Euro-Islam" gebe. Er verwies auf die finnischen Muslime in Karelilien sowie auf Bosnien.



Der zweite Tag war den christlichen Kirchen gewidmet. (Siehe "Situation der einheimischen Kirchen in der Türkei", "Türkei: Christen wollen kein Fremdkörper in der Gesellschaft sein" sowie die Gedanken auf Seite 2).

Einen bewegenden Abschluss dieses Tages boten die Worte von Prof. Hüseyin Hatemi, bei dessen Vortrag den Zuhörern wieder die Tiefe islamischen Denkens in der Türkei bewußt wurde.

### Kontakte zwischen Österreich und Byzanz

Einen kulturellen Schwerpunkt ermöglichten Vertreter der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Sie präsentierten Belege für die intensiven Kontakte zwischen Österreich und Byzanz im Mittelalter. So wies z. B. Christian Gastgeber auf die rund 1.000 griechischen Handschriften in der Österreichischen Nationalbibliothek hin, von denen einige von außerordentlichem Wert seien.

In Wien besitze man etwa ein Register aus der Kanzlei des Ökumenischen Patriarchats, aus dem sich alle kirchlichen und politischen Handlungen des Patriarchats im 14. Jahrhundert nachverfolgen ließen, nannte Gastgeber als Beispiel.

Ekaterini Mitsiou präsentierte aus diesem Register jene Passagen, aus denen sich das Leben in den Nonnenklöstern in Konstantinopel rekonstruieren läßt.

Johannes Preiser-Kapeller schließlich skizzierte einige historische Verbindungslinien zwischen Österreich und Konstantinopel. So seien beispielsweise zwei Babenberger-Herzöge mit byzantinischen Prinzessinnen verheiratet worden und in der Gozzoburg in Krems fänden sich Wandmalereien aus dem 12. Jahrhundert, die eindeutig einer byzantinischen Version einer Buddhageschichte entnommen sind.